Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

108 (10.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 108 — Dienstag, den 10. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Im Reichstag hielt Reichsfinanzminister Dietrich eine Rede über die finanzielle Lage des Reiches und begründete den Entwurf des Schuldentilgungsgesetzes. Dann begann die politische Aussprache.

*

Der Verwaltungsrat der BIZ. hat beschlossen, den der deutschen Reichsbank gewährten 90 Millionen Dollarkredit für den Zeitraum von 3 Monaten zu erneuern.

*

Der hessische Staatsgerichtshof hat eine Wahlanfechtung der Wirtschaftspartei als berechtigt anerkannt; durch diesen Beschluß ist der hessische Landtag aufgelöst.

*

Im Sklarekprozeß wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Am Mittwoch beginnen die Plädoyers.

*

In Kreisen des französischen Senats sind Bestrebungen im Gange, zur Ermöglichung einer Einheitskandidatur für die Staatspräsidentschaft einen der beiden Kandidaten zum Rücktritt zu veranlassen.

*

In Paris rechnet man mit der Bildung einer Konzentrationsregierung unter schwierigen Verhandlungen. Einem Linkskabinett sagt man nur kurze Lebensdauer voraus.

*

Der Reichspräsident empfing am Montag nachmittag den Reichskanzler Brüning zum Vortrag.

*

Die japanische Regierung rechnet mit militärischen Aktionen in der Mandschurei während des ganzen Frühlings und Sommers und will deshalb ihre Truppen in der Mandschurei auf eine Gesamtstärke von 50 000 Mann bringen.

*

Das Davispokalspiel gegen Indien gewann Deutschland endgültig mit 5:0.

*

Hitlers Antrag auf Einleitung eines Deziplinarverfahrens gegen sich ist vom braunschweigischen Staatsministerium nicht stattgegeben worden.

Deutscher Reichstag

Rede des Finanzministers — Beginn der politischen Aussprache

Berlin, 9. Mai.

Reichstagspräsident Löbe eröffnete um 3 Uhr die erste Reichstagssitzung nach der 10wöchigen Pause. Er widmete dem vor kurzem verstorbenen früheren Vizepräsidenten Dr. Rießer einen Nachruf, der von den Abgeordneten stehend angehört wird. Der Präsident gedenkt weiter mit ehrenden Worten der verstorbenen Abgeordneten Dr. Jörissen (WP.) und Limbertz (Z.). Er teilt mit, daß er dem Präsidenten der französischen Kammer das Mitgefühl des Reichstages anläßlich des Ablebens des französischen Präsidenten Doumer infolge des grauenhaften Anschlages und wegen des Todes des Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas übermittelt habe.

Am Regierungstisch sitzen Reichskanzler Dr. Brüning, Reichsfinanzminister Dr. Dietrich, Reichsinnen- und Wehrminister Gröner und die Minister Schätzel, Treviranus, Schiele, Schlange und Dr. Stegerwald.

Auf der Tagesordnung steht die erste **Beratung des Schuldentilgungsgesetzes** in Verbindung mit der allgemeinen politischen Aussprache.

Reichsfinanzminister Dietrich:

(Die Kommunisten rufen: „Der Konkursverwalter hat das Wort!")

Der Reichsminister der Finanzen führt aus: Der Gesetzentwurf befaßt sich mit zwei grundverschiedenen Plänen. Auf der einen Seite mit den **Kreditermächtigungen**, die aus früheren Jahren aufrechterhalten werden müssen, mit Kreditermächtigungen der Notverordnungen und mit einer Kreditermächtigung, die zur Ueberwindung des Jahres 1932 bis 1933 notwendig ist (Betriebsmittelkredit). Außerdem behandelte er die Frage der **Tilgung der schwebenden Schuld.**

Zum andern beschäftigt sich der Gesetzentwurf in seinem letzten Paragraphen mit der **Ermächtigung an den Reichsfinanzminister, eine Prämienanleihe zur Förderung der Siedlung,** der Meliorationen, der Beschäftigung Jugendlicher und für sonstige Arbeitsbeschaffung aufzulegen.

Die **schwebende Schuld** des Reiches betrug am 31. März 1930 1938 Millionen, am 31. März 1932 1591 Millionen, also 347 Millionen weniger. Hierbei ist berücksichtigt, daß ein Teil der schwebenden Schuld in eine fundierte Schuld durch die Kreugeranleihe verwandelt wurde, im Betrage von 293 Millionen, andererseits ist nicht berücksichtigt, daß wir eine Anzahl von Schatzanweisungen in Verfolg der Kreditkrise zu Stützungszwecken hergegeben haben. Ueber den Aufwand zu Stützungszwecken werde ich später noch Mitteilungen machen. Ich darf aus dieser Tatsache der Entwicklung der schwebenden Schuld zunächst feststellen, daß das Deutsche Reich in den letzten zwei Notjahren nicht tiefer in unfundierte Schulden geraten ist, sondern sich — wenn auch nur in einem bescheidenen Betrage — entlastet hat, ebenso wie ich feststellen darf, daß auch die fundierte Schuld des Reiches in den letzten Jahren um gleichfalls etwa 300 Millionen zurückgegangen ist. Jedoch sind trotzdem die **Bestimmungen, die zur Tilgung der schwebenden Schuld getroffen waren, nicht voll erfüllt worden.** Nach dem Haushalt 1930 sollten 465 Millionen schwebende Schulden getilgt werden und nach dem Haushalt 1931 420 Millionen. Man hatte die Absicht, bis Ende des Etatsjahres 1933 die schwebende Schuld bis auf den Betrag der umlaufenden Schatzwechsel, die ja immer im Verkehr waren, abzudecken. Das ist deswegen nicht möglich, weil zunächst die Defizite im Jahre 1930 und 1931 abgedeckt werden müssen. **Die fundierten Schulden des Reiches** betrugen auf den 31. Dezember 1931 **10 208 Millionen RM.** Sie sind gegenüber dem Stande vom 30. September 1930 um 300 Millionen kleiner geworden. In dieser Summe ist die Younganleihe mit 1473 Millionen schon enthalten. Bis jetzt hat das Reich davon keinen Pfennig bekommen, sondern zwei Drittel sind der Entente zugefallen, das andere Drittel der Reichspost und der Reichsbahn. Diese **fundierte Schuld** teilt sich auf in:

1. Kriegs- und Vorkriegsschulden (Anleiheablösungsschuld) 4631 Millionen RM., 2. Stabilisierungsschuld 607 Millionen, 3. Entschädigungsschuld 1291 Millionen, 4. Reparationsschulden (Dawes- und Younganleihe) 2205 Millionen, 5. Schulden für außerordentliche Ausgaben 1174 Millionen RM. **Das Reich hat also lediglich 1,5 Milliarden Schulden in der Nachkriegszeit für außerordentliche Ausgaben gemacht, alles andere entfällt auf den Krieg, Entschädigung und Reparationen.**

Der Redner gibt dann einen Ueberblick über die Verpflichtungen des Reiches aus Anlaß der Kreditkrise und die Garantien des Reiches. Das gesamte Engagement, das aus der Kreditkrise entstanden ist, beläuft sich neben der restlichen Garantie zugunsten der ehemaligen Danatbank auf 1115 Millionen. Am 1. Oktober 1931 sind 1249 Millionen garantiert worden. Die Erhöhung ist zurückzuführen im Betrage von 300 Millionen auf die Russengeschäfte, 120 Millionen auf die sonstigen Ausfuhrgarantien und 147 Millionen, die damals schon für die Banken garantiert waren. Die Garantie für die Verpflichtungen der Danatbank kann durch die Zusammenlegung dieser Bank mit der Dresdner im wesentlichen als erloschen betrachtet werden. Ebenso sind die Garantien aus dem Osthilfegesetz von 800 Millionen nicht ausgenutzt. Sie werden in Verfolg der gegenwärtig schwebenden Verhandlungen auf ein Viertel herabgesetzt werden.

Abschließend ein **kurzes Bild des Etats 1932.** Es ist natürlich ein törichtes Gerede, daß dieser Etat bis jetzt keine Zahlen enthält. Der Entwurf ist schon lange aufgestellt, und nur eine einzige Frage ist nicht geklärt, nämlich die der **Kosten der Arbeitslosen.** Im vorigen Jahr betrug der Aufwand für die Arbeitslosen in allen **drei Unterstützungsformen 3,3 Milliarden.** Davon entfielen auf das Reich 900 Millionen für die Krisenunterstützung und über 230 Millionen für Zuschüsse an die Gemeinden. Dieser Punkt ist heute noch offen, weil es ungeheuer schwer, vielleicht sogar unmöglich ist, für den nächsten Winter schon genaue Zahlen zu errechnen. Der Versuch, einen Teil der Arbeitslosen zu beschäftigen oder anderweitig unterzubringen, ist vordringlich, nicht nur wegen der Höhe der Arbeitslosenzahl, sondern auch des Umstandes, weil in den Ostgebieten eine Menge Land demnächst den Besitzer wird wechseln müssen, andernfalls es in Gefahr kommt, zu veröden. Es geht darum, dieses Land rechtzeitig aufzuteilen und zu besiedeln oder aber einer geeigneten Uebergangswirtschaft zuzuführen. Im letzten Paragraphen des vorliegenden Gesetzes wird der Reichstag gebeten, zuzustimmen, daß wir eine sogenannte **Prämienanleihe** auflegen, um diese Gedanken in die Tat umsetzen zu können. Daneben soll auch sonst noch der freiwillige Arbeitsdienst ausgebaut und Arbeit beschafft werden. Aus laufenden Mitteln Geld dafür aufzubringen, ist leider völlig unmöglich. Ich hoffe, daß Sie gerade für diese Aktion besonderes Verständnis haben werden. Im übrigen balanziert der **Etat in Einnahme und Ausgabe mit rund 8,3 Milliarden RM.** Er ist auf das sparsamste aufgestellt. Die Ueberweisungen an die Länder einschließlich der Polizeikosten betragen 2,3 Milliarden, sodaß der eigentliche Reichsaufwand mit genau 6 Milliarden RM. zu beziffern ist. In diesen 6 Milliarden RM. sind enthalten: 1000 Millionen für die Arbeitslosen, 1200 Millionen für die Kriegsopfer, 477 Millionen für die Sozialversicherung und 420 Millionen für die außerordentliche Schuldentilgung. Die Tilgung und Verzinsung der fundierten und schwebenden Schulden, sowie die Reparationsanleihen erfordert rund 700 Millionen RM., bleiben also für den eigentlichen Betriebsaufwand des Reiches rund 2,2 Milliarden RM.

Abg. Dr. Breitscheid (S.)

erklärt, der Streit der Reichsschuldenverwaltung mit dem Reichsfinanzminister sollte im Ausschuß erörtert werden. Dem Ausschuß sollte auch die Sparprämienanleihe vorgelegt werden, ohne daß dadurch die Verabschiedung zu sehr verzögert wird. Die Vorarbeiten des Kabinetts für den Etat sind leider nicht so beschleunigt worden, daß der Etat uns jetzt schon vorgelegt werden kann; wir wissen aber, daß es wieder der Etat einer schweren Notzeit sein wird. Wir erkennen die Notwendigkeit starker Sparsamkeit an, wünschen aber, daß die Leidtragenden nicht in erster Linie die Volksschichten sind, die jetzt schon am schwersten unter der Wirtschaftskrise leiden. (Beifall links.) Das **Defizit** im neuen Jahr muß auf ¾ Milliarden geschätzt werden. Die Balanzierung des Etats ist an zwei Voraussetzungen geknüpft: 1. darf der Etat durch keinerlei Reparationszahlungen belastet sein, 2. muß die Sanierung der Arbeitslosenunterstützung und der durch sie in die höchste Bedrängnis geratenen Gemeindefinanzen außerhalb des Reichshaushaltes gefunden werden. Daran knüpfen wir die Bedingung, daß **kein weiterer Abbau der Unterstützungsdauer** eintreten darf und daß von einer Aufhebung oder Suspendierung der Arbeitslosenversicherung keine Rede sein darf. Wir haben die stärksten Bedenken gegen die angeblich von der Regierung geplante **Notabgabe** und könnten unter keinen Umständen damit einverstanden sein, daß die Abgabe nur von den Lohn- und Gehaltsempfängern getragen werden soll. (Beifall.) Es ist eine skrupellose Demagogie, wenn die Nationalsozialisten und Deutschnationalen für die als Folge der wirtschaftlichen Weltkrise über Deutschland hereingebrochene Wirtschaftsnot die sogenannten „Novemberverbrecher" verantwortlich machen wollen. Ohne die „Novemberverbrecher" säßen viele Nationalsozialisten jetzt nicht hier, denn das Wahlrecht der Jugendlichen, das Koalitionsrecht der Landarbeiter und die Arbeitslosenunterstützung ist diesen „Novemberverbrechern" zu verdanken, die damit Deutschland vor dem Chaos bewahrt haben. Deutsche Wirtschaftsnot kann erst behoben werden, wenn wir aus der Bürgerkriegsatmosphäre herauszukommen, die durch die **Privatarmee Hitlers** erzeugt worden ist. (Rufe bei den NS.: Und das Reichsbanner?) Das Reichsbanner greift den Staat nicht an, sondern verteidigt ihn. (Beifall links.) Wir müssen endlich auch von den Richtern der Republik verlangen, daß sie den Staat besser gegen Angriffe von jener Seite schützen, als sie es bisher tun. (Lebhafte Zustimmung.) Wir leugnen gar nicht, daß die **Nationalsozialisten** nach den letzten Wahlen die stärkste Partei in Deutschland sind. Daraus können sie aber doch nicht den Anspruch auf die Regierungsmacht herleiten. Die Sozialdemokraten waren sehr lange die stärkste Partei, ohne die Regierungsgewalt zu haben. Keiner wird den Nationalsozialisten die Beteiligung an der Regierung verwehren können, wenn sie sich mit anderen Parteien darüber in einer Koalition einigen. Es ist freilich schwer zu erkennen, wie sie mit dem Zentrum zusammengehen könnten, das sie noch in diesem Wahlkampf als eine antinationale Partei bezeichnet haben. Ein Wirtschaftsprogramm haben die Nationalsozialisten nicht, darum können sie jedem etwas anderes versprechen. Im Antisemitismus ist Hitler auch nicht mehr zuverlässig, denn er hat einem amerikanischen Pressevertreter erklärt: „Wir wollen die Rechte der Juden nicht aufheben, aber wir anderen wollen nicht weniger Rechte haben als die Juden!" In **sozialer Beziehung** hat Hitler die Schwerindustriellen mit den Worten beruhigt: „Sie brauchen vor unserem Sozialismus keine Angst zu haben!" (Hört! Hört!) In **nationaler Beziehung** haben wir Angst, daß eine nationalsozialistische Regierung dem Ausland viel weiter entgegenkommen wird als wir es je dulden können. Eine nationalsozialistische Regierung würde sich mit den feindlichen Regierungen zum Kampfe gegen die deutsche Arbeiterschaft verbünden (Beifall links, Unruhe bei den NS.). Die sozialdemokratische Arbeiterschaft muß vom Staat wirksameren Schutz gegen die kapitalistischen Ausbeutungspläne verlangen. Wir billigen nicht die Ausschreitungen der Gottlosenpropaganda, aber einer geistigen Bewegung kommt man nicht bei mit Notverordnungen. Wir stützen diesen Staat, aber wir wollen über das kapitalistische System hinaus zum Sozialismus. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Präsident Löbe: Weitere Redner sind zur ersten Beratung nicht gemeldet. (Hört! Hört! und Heiterkeit.)

Abg. Torgler (K.): Wir konnten nicht erwarten, daß die Nationalsozialisten ihre Bescheidenheit so weit treiben, daß sie überhaupt nicht reden. (Große Heiterkeit.) Unser Redner wird nun das Wort nehmen.

Abg. Schneller (K.)

bezeichnet die sozialdemokratische Stellungnahme als schwächlich und ruft: „Dieser kapitalistische Staat muß zerstört werden!" Der Redner beschäftigt sich dann mit der Außenpolitik und macht der Regierung den Vorwurf, daß sie sich mit den Westmächten zum Kampf gegen Sowjetrußland verbünden wolle. In seinen weiteren Ausführungen protestiert der kommunistische Redner gegen das Verbot der kommunistischen Gottlosenbewegung.

Abg. Dr. Frick (NS.) beantragt, die Weiterberatung auf morgen zu vertagen. Er widerspricht gleichzeitig der Ausschußüberweisung vor dem Abschluß der ersten Beratung. Gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten wird der **Vertagungsantrag abgelehnt.**

In der Weiterberatung nimmt

Abg. Reinhardt (NS.)

das Wort. Er bezeichnet die Art der Kreditaufnahme durch den Reichsfinanzminister als unzulässig. Die Finanzpolitik der Notverordnungen habe die deutsche Finanzlage nicht verbessert, aber die deutsche Wirtschaft in eine grauenhafte Unordnung gebracht. Jede neue Notverordnung habe die Kaufkraft der Massen neu vermindert, die Wirtschaft weiter geschwächt und die Arbeitslosigkeit weiter gesteigert. Das Volkseinkommen sei in den letzten sechs Jahren um ein Drittel vermindert und gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen versechsfacht worden. Das vorliegende Schuldentilgungsgesetz sei ein typisches Produkt der Regierung Brüning-Dietrich. Dem Reichsfinanzminister komme es offenbar nur darauf an, die Kredite, die er sich nach Meinung der Reichsschuldenverwaltung mittels Verfassungsrecht verschaffen wollte, nun mit offizieller Ermächtigung des Reichstages zu besorgen. Die Nationalsozialisten dächten nicht daran, die Regierung durch die Zustimmung zu dem Schuldentilgungsgesetz aus ihrer peinlichen verfassungsrechtlichen Lage zu befreien. Sie würden vielmehr aufgrund des Artikels 59 der Reichsverfassung **Anklage gegen die Regierung vor dem Staatsgerichtshof wegen bewußter Verfassungsverletzung erheben.** (Händeklatschen bei den NS.) Das deutsche Volkseinkommen betrug im Jahre 1927 76 Milliarden, 1930 64 Milliarden, 1931 50 Milliarden, 1932 wird es nicht über 40 Milliarden betragen. In der Zeit von 1929 hat sich die Erwerbslosenzahl auf über 6 Millionen versechsfacht. Das Steueraufkommen ist erheblich zurückgegangen und zwar nicht trotz der Erhöhung der Zahl der Steuern und der Steuersätze, sondern wegen dieser Erhöhung. Der Entwurf des **Schuldentilgungsgesetzes** enthält das Eingeständnis, daß die für das Jahr 1931 vorgesehene Schuldentilgung auf dem Papier stehen geblieben ist. Mit den schwebenden Schulden sollte damals ein für allemal

aufgeräumt werden. Ihr Stand ist aber von 1280 Millionen auf 1722 Millionen im März ds. Js. gestiegen. Im Haushaltsjahr 1931 sollen 420 Millionen schwebende Schulden abgedeckt worden sein. Selbst wenn 420 Millionen Schatzanweisungen eingelöst worden sind, so kann man doch nicht von einer Schuldenabdeckung sprechen, wenn dafür 430 bis 440 Millionen neue Schatzanweisungen ausgegeben worden sind. Der Reichsfinanzminister hat seinerzeit erklärt, die Unterschrift zu einem Ueberbrückungskredit gebe er ein zweites Mal nicht wieder. Jetzt verlängert er den Ueberbrückungskredit und läßt die Festsetzung der Summe frei. Der Minister bekommt aufgrund der Ermächtigung des Artikels 48 kein Geld mehr: jetzt soll der Reichstag ihm die Ermächtigung geben zu Krediten, die der Minister höchstwahrscheinlich unter der Hand schon besorgt hat. Der Reichspräsident kann, nach einem verfassungsrechtlichen Gutachten aufgrund der Reichsverfassung eigentlich alles mit Artikel 48 verordnen, was er will. (Abg. Dr. Frick NS.: Das werden wir uns merken!) der **Reichspräsident** hat sich dem Willen des Volkes anzupassen, oder er hat zurückzutreten.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten Esser wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt und auch die zweite Beratung auf die Tagesordnung gesetzt.

Das Schuldentilgungs- und Kreditermächtigungsgesetz

T.U. **Berlin**, 9. Mai. Der Entwurf des Gesetzes über Schuldentilgung und Kreditermächtigungen enthält folgende Bestimmungen:

Die vom Reichsfinanzminister im Gesetz vom 23. Oktober 1930 erteilte Ermächtigung, 530 Millionen RM. im Wege eines bis zum 15. November 1932 laufenden Kredites zu beschaffen, wird dahin geändert, daß der Kredit bis zum 15. November 1933 laufen darf.

Ebenso wie in den Haushaltsplänen 1931, 1932 und 1933 werden auch in die Haushaltspläne für 1934 und 1935 mindestens je 420 Millionen RM. zur Tilgung der schwebenden Schuld des Reiches eingestellt.

Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt, im Wege des Kredites zu beschaffen: 240 Millionen RM. zur restlichen Deckung des Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt 1930, 500 Millionen RM. zur Deckung des geschätzten Fehlbetrages im ordentlichen Haushalt 1931, 550 Millionen RM. zur Deckung von Ausgaben des außerordentlichen Haushalts aus früheren Rechnungsjahren.

Die früheren Ermächtigungen zur Aufnahme von Krediten treten insoweit, als von ihnen noch kein Gebrauch gemacht worden ist, außer Kraft. Die Kreditermächtigung wegen der Bankensanierung gilt weiter.

Der Reichsfinanzminister wird ermächtigt: bis zu 100 Millionen RM. im Wege des Kredites solange und soweit zu beschaffen, als dies durch die im Rechnungsjahr 1932 vorgesehene Veräußerung von Vorzugsaktien der Deutschen Reichsbahngesellschaft flüssig zu machenden Mittel noch nicht oder nicht in vollem Umfange zur Verfügung stehen.

Reichsanleihen in geeigneten Fällen zurückzukaufen.

Zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Reichshauptkasse bis zu 600 Millionen RM. im Wege des Kredites flüssig zu machen.

Schließlich wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, für Siedlung, Meliorationen, Beschäftigung Jugendlicher und sonstige Arbeitsbeschaffung Geldmittel durch Ausgabe von Schuldverschreibungen zu beschaffen und die Höhe des jeweils zu beschaffenden Betrages festzusetzen. Er darf in Höhe der gezeichneten Beträge Geldmittel im Wege des Zwischenkredits beschaffen. Er ist ermächtigt, für die Schuldurkunden hinsichtlich der Anleihebeträge, der Zinsen und der etwaigen Prämien Steuerbefreiungen zu gewähren und darf auch Inhaberpapiere mit Prämien ausgeben.

Zusammentritt des Völkerbundsrates

Genf, 9. Mai. Der Völkerbundsrat ist am Montag zu seiner 67. Tagung unter dem Vorsitz des Vertreters von Guatemala, Matos, zusammengetreten. Deutschland ist durch Graf Welczek vertreten, Frankreich durch Paul-Boncour, England durch Eden, Italien durch Scialoja. Der öffentlichen Sitzung ging eine nichtöffentliche Besprechung voraus, in der beschlossen wurde, daß der Rat wegen der Trauerfeierlichkeiten für Doumer und Albert Thomas diese Woche nur heute am Dienstag tagen und seine Arbeiten am Mittwoch nach Pfingsten wieder aufnehmen soll. Diese Dispositionen entsprechen auch den deutschen Wünschen, da so die Möglichkeit gesichert ist, die verschiedenen Ost- und Minderheitsfragen gründlich zu behandeln.

Der hessische Landtag aufgelöst

Darmstadt, 9. Mai. Der hessische Staatsgerichtshof, der sich aus 5 Berufsrichtern und 7 Parlamentariern zusammensetzt, hat Montag nachmittag eine Wahlanfechtung der Wirtschaftspartei gegen die hessischen Landtagswahlen vom 15. November 1931 als berechtigt anerkannt und diese Wahl für ungültig erklärt. Durch diesen Beschluß ist der hessische Landtag aufgelöst. Die Neuwahlen müssen nach der Verfassung innerhalb von zwei Monaten stattfinden.

*

Landtagsneuwahl in Hessen am 3. Juli.

T.U. **Darmstadt**, 9. Mai. Das hessische Kabinett hat beschlossen, als Termin für die Landtagsneuwahl den 3. Juli in Aussicht zu nehmen.

Reichseinnahmen und -Ausgaben im März 1932

Berlin, 9. Mai. Nach Mitteilung des Reichsfinanzministeriums betrugen im März 1932 (Angaben in Millionen RM.) im ordentlichen Haushalt die Einnahmen 891,9 (Februar 669,6) und die Ausgaben 1058,9 (669,6). Unter Berücksichtigung von 610,5 früherem Fehlbetrag stellt sich das **Defizit Ende März 1932 auf 874,0** (Ende Februar 742,0). Für den außerordentlichen Haushalt ergibt sich für März eine Mehrausgabe von 33,1 (Februar 2,7), so daß sich hier für das Ende des Berichtsmonats unter Berücksichtigung des aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbetrages von 261,4 **ein Defizit von 421,4** (Ende Februar 388,3) ergibt. Das Gesamtdefizit beider Haushalte einschließlich der aus dem Vorjahre übernommenen Fehlbeträge errechnet sich also auf 1295,4 (Ende Februar 1130,3).

Dr. Goerdeler Reichswirtschaftsminister?

T.U. **Berlin**, 10. Mai. Wie die „Vossische Zeitung" von gut informierter Seite hört, ist dem Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler das Reichswirtschaftsministerium angeboten worden. Dr. Goerdeler habe sich dem Vernehmen nach mit der Uebernahme des Ministeriums grundsätzlich einverstanden erklärt, jedoch unter der Voraussetzung, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Verordnung über die Einführung der 40 Stunden-Arbeitswoche in einer Form festgelegt wird, die es denjenigen Betrieben, die durch diese Notverordnung in ihrer Existenz bedroht werden, ermöglicht, eine den besonderen Verhältnissen des Betriebes Rechnung tragende besondere Regelung der Arbeitszeit vorzunehmen. Wie weiter verlautet, soll die Ernennung Dr. Goerdelers noch Ende dieser Woche oder Anfang nächster Woche erfolgen.

Eine Mahnung des Deutschen Auslandsinstituts

Vergeßt die deutschen Minderheiten nicht.

T.U. **Stuttgart**, 9. Mai. Auf den Tagungen des Deutschen Auslandsinstituts in Stuttgart am 30. April und am 1. Mai wurde an die Reichsregierung und an das ganze deutsche Volk die dringende Mahnung gerichtet, neben den Fragen der Abrüstung und der Reparationen die Frage der Volkstumsrechte und der Minderheiten nicht zu vergessen, die ebenfalls Lebensfragen des deutschen Volkes seien. In der augenblicklichen schweren Notstunde des gesamten Deutschtums müsse das ganze deutsche Volk zusammenstehen, um mit Festigkeit die Rechte des deutschen Volkstumes zu vertreten.

Die Vernehmung der Frau des Attentäters Gorgulow

T.U. **Paris**, 9. Mai. Die Frau des Attentäters Gorgulow konnte vor dem Untersuchungsrichter nichts über die politische Tätigkeit ihres Mannes aussagen. In seine Pläne und Absichten habe er sie niemals eingeweiht. Gorgulow sei ein aufbrausender Charakter. Sie kenne ihren Mann seit Dezember 1930. Während der Ehe habe sie kein Anzeichen einer Geistesgestörtheit bei Gorgulow bemerkt. Vor der Abreise von Monte Carlo nach Paris habe er erwähnt, daß er seinen letzten Willen niederschreiben wolle, da eine Reise stets mit Gefahren verbunden sei und man nicht wisse, ob einem nicht ein Unglück zustoßen könne. Das am 3. Mai abgefaßte Testament ist übrigens von Gorgulow nach Berlin geschickt worden und befindet sich durch Vermittlung des Berliner Polizeipräsidenten bereits in den Händen der Pariser Untersuchungsbehörde. Frau Gorgulow wurde auf freiem Fuß gelassen.

Im Gefängnis verhält sich Gorgulow vollkommen ruhig und gefaßt.

Der Arbeitsmarkt

Noch 325 000 Arbeitssuchende in Württemberg und Baden

Durch langsam fortschreitende Arbeitsaufnahme in den Außenberufen wurde der südwestdeutsche Arbeitsmarkt in der zweiten Hälfte des April um weitere 12 458 arbeitsuchende Personen entlastet. Seit Beginn der Frühjahrsbelebung beträgt die Abnahme nunmehr erst rund 26 000 Arbeitssuchende, während in früheren Jahren bei niedrigerem Niveau der Arbeitslosigkeit immer eine weit größere Zahl von Arbeitslosen in den Monaten März und April wieder Beschäftigung fand. Die Gruppen Textilindustrie, Theater und Musik und Angestelltenberufe wiesen in der Berichtszeit sogar noch steigende Arbeitslosenzahlen auf. Am 30. April d. J. waren bei den württembergischen und badischen Arbeitsämtern **325 818 Personen als Arbeitssuchende** vorgemerkt; davon kamen 133 404 auf Württemberg und 192 414 auf Baden. Von den Arbeitssuchenden waren 311 325 als arbeitslos anzusehen, und zwar 125 707 in **Württemberg** und 185 618 in **Baden**.

Die Entlastung der Unterstützungseinrichtungen betrug in der Arbeitslosenversicherung 8054 und in der Krisenfürsorge 409 Hauptunterstützungsempfänger. Der Stand an Hauptunterstützungsempfängern war nach der Statistik der Arbeitsämter am 30. April 1932 folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung standen 83 270 Personen (58 216 Männer, 25 054 Frauen), in der Krisenfürsorge 98 693 Personen (83 628 Männer, 15 065 Frauen). Die Gesamtzahl der Unterstützten ist weiter um 8463 Personen oder um 4,4 v. H., nämlich von 190 426 Personen auf 181 963 Personen gefallen; davon kamen auf **Württemberg** 76 252 gegen 81 992 und auf **Baden** 105711 gegen 108 434 am 15. April 1932.

*

Leichter Rückgang der Arbeitslosenziffer

Berlin, 9. Mai. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. April 1932 ist die Zahl der Arbeitslosen **um rund 197 000 auf 5737 000 zurückgegangen.** In der ersten Aprilhälfte war ein Rückgang um etwa 100 000 zu verzeichnen. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der **Arbeitslosenversicherung** beträgt nunmehr 1 232 000 (15. 4. 1932: 1 347 000), in der **Krisenfürsorge** 1 675 000 (1 721 000) und in der Wohlfahrtsfürsorge schätzungsweise 2 000 000.

Schwindel mit Goldpfandbriefen

T.U. **Berlin**, 10. Mai. In der „Inlandbank" am Schloßplatz, deren Generalbevollmächtigter der aus seinen verschiedenen Affären bekannte Bankier Clemens Max Kunert aus Berlin-Grunewald ist, sind nach einer Meldung Berliner Blätter von der Kriminalpolizei große Mengen zweifelhafter Goldpfandbriefe der „Neederlandschen Grondcredietbank" beschlagnahmt worden, die nach den bisherigen Ermittlungen in Berlin gedruckt worden sind. In Zusammenhang mit dieser Angelegenheit ist der ehemalige Prokurist der „Inlandbank", Walter Lewy, von der Kriminalpolizei verhaftet worden.

Kein neuer englischer Reparationsplan

T.U. **London**, 9. Mai. Der Reparations- und Kriegsschuldenausschuß des englischen Kabinetts tritt am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht des englischen Außenministers Sir John Simon über seine Reparationsbesprechungen in Genf entgegenzunehmen. Im Zusammenhang hiermit werden von den zuständigen englischen Stellen in London die Zeitungsberichte über einen angeblichen neuen Reparationsplan Englands dementiert.

Von den Erklärungen Dr. Brünings über die Reparationen ist in London mit Interesse Kenntnis genommen worden und man glaubt feststellen zu können, daß sich die Ansicht Brünings jetzt wesentlich der Auffassung Hitlers und der Rechtsparteien genähert hat. Gleichzeitig aber warnt man in London vor übertriebenen Hoffnungen, da man nicht glaubt, daß Herriot wesentlich von den Richtlinien abweichen kann, die die französische Politik bisher verfolgt hat. Mit der Möglichkeit, in Lausanne eine Kompromißlösung finden zu müssen, wird daher in London noch immer gerechnet.

Lausanner Konferenz am 16. Juni

Paris stimmt zu.

T.U. **London**, 9. Mai. Die französische Regierung hat in zustimmendem Sinne auf die Anregung der englischen Regierung geantwortet, die Lausanner Konferenz am 16. Juni beginnen zu lassen. Sie hat sich gleichzeitig mit dem von England vorgeschlagenen allgemeinen Programm einverstanden erklärt.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[4

Leise drückte sie auf die Klinke. Fast hätte sie aufgeschrien vor Freude. Das Tor war offen. Charlie schien es in seiner Eile nicht wieder verschlossen zu haben. Jetzt war sie gerettet!

Feuchte, kalte Luft schlug ihr entgegen. Fröstelnd schauderte sie zusammen. Nebel, dichter, undurchdringlicher Nebel, der sich atemraubend auf die Lunge legte; der sie aber auch unsichtbar machte, sie ihrem Verfolger entziehen würde.

Mit raschen Schritten entfernte sich Ellinor von ihrem Hause. Sie war noch nicht weit gekommen, als sie Schritte vernahm, die ihr entgegenkamen. Das mußte Charlie sein. Hastig lief sie noch ein paar Schritte an der Häuserfront entlang, bis sie an die Nische einer Haustür kam. Ellinor schmiegte sich dicht in die Ecke.

Sie sah, daß Charlie vorüberhuschte, mit einem großen Packen unter dem Arm. Nichtsahnend eilte er an ihr vorüber, war gleich darauf in ihrem Hause verschwunden.

Ellinor lief, so schnell, als ihre Füße sie tragen konnten. In die erste Quergasse bog sie ein, lief immer weiter, und bald hatte sie die ihr bekannten Gassen von Whitechapel hinter sich. Immer näher kam sie der City.

Die großen, elektrischen Bogenlampen konnten kaum den Nebel durchdringen. Phantastisch huschten die Lichter der Autos durch die verwischte Luft, und einzelne Nachtschwärmer streiften an Ellinor vorüber.

Ellinor Grey wußte nicht, was sie beginnen sollte. Ihr Mut, der so plötzlich über sie gekommen, war genau so schnell wieder in sich zusammengesunken und hatte einer kläglichen Verzagtheit Platz gemacht. Zitternd schlugen ihre Zähne zusammen, ihre Augen brannten vor lauter Müdigkeit.

Was sollte sie bloß beginnen? Wohin sollte sie, die keine Heimat hatte? Es war entsetzlich — das alles!

Und ihre gute, liebe Herrin war ermordet worden. Lady Wilson, die es so gut mir ihr gemeint hatte, die Wohltäterin der Armen! Die wie eine Mutter für die Waisenkinder gesorgt hatte, die ihnen Heimat gab und Brot. Die immer am Platze gewesen war, wo es galt, zu helfen und Not zu lindern. Nie mehr würde sich ihre hilfsbereite Hand öffnen können. Die Aermsten der Armen hatten ihren guten Engel verloren. Durch Mörderhand, durch Charlie Hickson, den Ellinor geliebt, dem sie vertraut hatte!

Vergebens würde man den Mörder suchen. — Vergebens? Mit einem Male kam es ihr zum Bewußtsein, daß man sie selbst beschuldigen, daß man ihren Mantel finden würde und ihre Handschuhe. Sie war das Opfer eines raffinierten Verbrechens geworden, und sie würde ihren Kopf nicht aus dieser Schlinge ziehen können!

Mit einem Male fiel es ihr wie Schuppen von den Augen. Nicht Liebe war es gewesen, daß Charlie Hickson sich ihrer angenommen hatte, damals, in jener Winternacht am Themseufer. Nicht Liebe, sondern nur schlaue Berechnung. Er hatte sofort erkannt, was Ellinor Grey später einmal für die Verbrecher bedeuten konnte.

Denn einer Verbrecherbande war sie in die Hände gefallen, darüber war sich Ellinor völlig klar. Charlie Hickson, Ted Bill und Harry Franke, sie alle zusammen und die übrigen eleganten Freunde Charlies waren gemeingefährliche Schurken, denen es auch auf einen Mord nicht ankam.

Und sie war ihnen in die Falle gegangen. Hatte sich als Vorleserin bei Lady Wilson anstellen lassen, hatte ahnungslos alles erzählt, was sie von ihrer gütigen Herrin wußte.

Sie hatte Lady Wilsons vollstes Vertrauen errungen, ohne zu wissen, daß sie dadurch das Todesurteil ihrer Wohltäterin unterschrieb.

Die Verbrecher hatten ja so leichtes Spiel gehabt. Ellinor war ahnungslos gewesen und völlig vertrauend auf die Liebe Charlies. Immer und immer wieder hatte sie von Lady Wilsons Gewohnheiten berichtet, hatte von ihrem Reichtum erzählt, ihrem wundervollen Schmuck...

Und Charlie hatte auch gewußt, daß seine Freundin den Schlüssel besaß zu Lady Wilsons Stadtvilla. Er hatte sich nicht gescheut, ihn heimlich zu entwenden, um ungehindert in das nächtliche Haus zu kommen, die gütige, alte Frau töten zu können.

Und dann hatte er seinen Schandtaten die Krone aufgesetzt, hatte seine Freundin verraten, ihren Mantel, ihre Handschuhe absichtlich am Tatort zurückgelassen, um den Verdacht auf die arme Vorleserin zu lenken, von dem wirklichen Mörder abzuwenden.

Ellinor stöhnte laut auf. Wie entsetzlich das alles war, wie grauenhaft. Was sollte sie nur beginnen? Sie hatte keinen Menschen hier, dem sie vertrauen, zu dem sie flüchten konnte. Die paar Männer, die sie kannte, waren Freunde und wohl auch Verbrechergenossen Charlie Hicksons; von denen hatte sie nichts Gutes zu erwarten.

Unaufhaltsam war sie vorwärtsgerast, ohne auf den Weg zu achten. Jetzt auf einmal sah sie, wohin sie geraten war. Sie stand wieder am Themseufer. Man konnte das Wasser kaum sehen in dem dichten Nebel; nur dort, wo die starken Bogenlampen leuchteten, glänzten die Wellen auf.

Lange stand Ellinor da und schaute hinunter in das dahingleitende Wasser. Wenn sie da hinuntersprang, dann wäre auf einmal alles aus, dann wäre es zu Ende mit aller Qual. Aber sie schauderte zusammen. Dann würde man ihren Körper finden, und dann würde kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß sie ihre Wohltäterin ermordet hatte.

Nein! Sie konnte nicht aus der Welt fliehen, und zwar so lange nicht, bis sich später, auf irgendeine Weise, ihre Unschuld herausgestellt hatte.

Vielleicht wäre es doch besser gewesen, sie hätte Frankreich nicht verlassen und dort weiter die Gewalt des Stiefvaters ertragen.

(Fortsetzung folgt.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg